

Preußen - Die antipreußische Gehirnwäsche

von Ehrhardt Bödecker

Mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 bestimmten die Siegermächte die Auflösung des Staates Preußen. Seit jeher sei er Träger des Militarismus und der Fortschrittsfeindlichkeit gewesen. Die deutsche Bevölkerung und ihre staatlichen Repräsentanten haben diese Anordnung mit Teilnahmslosigkeit oder sogar mit Zustimmung aufgenommen, obwohl Preußen in den letzten Jahrhunderten das Schicksal Deutschlands entscheidend bestimmt und Deutschland zu einer einmaligen Blüte in Wissenschaft und Bildung, Wirtschaft und Technik, Verwaltung und Recht sowie sozialer Verantwortung geführt hat. Neben der Teilung des deutschen Reichsgebiets, der Austreibung von 13 Millionen Menschen aus den Ostgebieten und deren Abtretung, der mehrjährigen Nahrungsmittelbeschränkung, der Wegnahme aller deutschen Forschungsergebnisse und Patente unter gleichzeitiger Wegführung deutscher Wissenschaftler zur Ausnutzung ihrer Kenntnisse und endlich neben der Demontage der Fabriken verordneten die Amerikaner und Engländer allen Deutschen zusätzlich eine Gehirnwäsche, die als Reeducation oder Umerziehung in die Nachkriegsgeschichte eingegangen ist. Sie hatte eine klare antipreußische Tendenz. Da die preußisch-deutsche Monarchie bereits im November 1918 zuende gegangen war, also ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus nicht mehr bestand, musste für die antipreußische Umerziehungspropaganda eine Begründung gefunden werden, die den Alliierten allerdings von den Nationalsozialisten geliefert wurde, weil Hitler sich selbst der Nachfolgeschaft von Friedrich dem Großen und Bismarck zu Unrecht berühmt hatte. So wurde Preußen, insbesondere das Deutsche Kaiserreich, zum unmittelbaren Vorläufer und Verursacher von Hitler erklärt. Demokratische Gesinnung wurde und wird immer noch mit antipreußischer Haltung gleichgesetzt.

Über den preußischen Widerstand gegen Hitler durfte anfangs nicht berichtet werden, weil solche Nachrichten der alliierten Umerziehungspolitik entgegenstanden. Das berichtete der englische Presseoffizier der Nachkriegszeit Michael Balfour (1) auf einer Historikertagung im Jahre 1974. König Friedrich II. mit Friedrich den Großen zu bezeichnen, war ebenfalls nicht erwünscht. Die von den Alliierten lizenzierten Presseerzeugnisse wurden auf die Einhaltung dieser Vorgaben angehalten. Neben der Presse ließen sich auch deutsche Historiker für der Umerziehungspolitik einspannen und erreichten mit ihrem Wohlverhalten internationale Reputation. Zu welchen geistigen Entgleisungen diese Denkrichtung führen konnte, lässt sich anschaulich am Beispiel von Professor Dr. Kurt Sontheimer (2), Berlin und München, zeigen. Er sagte auf einer Historikertagung 1981, dass er es aus umerzieherischen Gründen für unverzichtbar halte, an der Theorie vom Preußisch-Deutschen Kaiserreich und seinen Strukturen als Vorläufer Hitlers festzuhalten, und zwar unbeschadet der Richtigkeit dieser These. Nur dann könne der Weg zur Demokratisierung fortgesetzt werden. Eine solche Aussage ist nichts anderes als politische Demagogie unter der Tarnkappe der Wissenschaftlichkeit. Außerdem wurden für diese „Umerziehung“ die traditionellen Ressentiments der Süddeutschen, der katholischen Rheinlande und der sozialdemokratischen Anhänger gegenüber Preußen in subtiler Weise missbraucht, mit erstaunlichem Erfolg.

Aufgrund der traditionellen antipreußischen Haltung Englands, die sich bis 1885 zurückverfolgen lässt (3), wurde 1940 im britischen Außenministerium, bereits lange vor dem Angriff Hitlers auf die Sowjetunion, die Vertreibung der Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder und der Neiße geplant (4). Seitdem spielte die Vertreibung der Deutschen in Großbritannien eine wichtige Rolle, wobei man die Anwendung von Terror bei der

Austreibung der bäuerlich geprägten ostdeutschen Bevölkerung als notwendig angesehen hatte. Zusätzlich schlug der britische Unterstaatssekretär Sargent vor, die Deutschen aus Ostpreußen und Schlesien nach Sibirien zu deportieren. Damit erhielt die Vertreibung der Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten seit 1941 einen festen Platz in der britischen Nachkriegsplanung. Nicht der Nationalsozialismus, sondern Preußen als Kern Deutschlands sollte getroffen werden.

Das Bündnis mit der marxistischen Sowjetunion einerseits und die kommunistische Umgebung des amerikanischen Präsidenten Roosevelt andererseits sind Ursachen dafür, dass marxistische Gedanken auch in der westlichen Antipreußen-Propaganda eingegangen sind. Demgegenüber hat sich die Sowjetunion nicht an die Methoden des Westens gehalten, sondern den Deutschen in der DDR ein klares marxistisches Umdenken verordnet. Es wurde nicht argumentiert und diskutiert, sondern es wurden Glaubenssätze gegen Preußen aufgestellt, die gelernt werden mussten. Begriffe wie Bourgeoisie, Militarismus=Kapitalismus, Unterdrückung, Ausbeutung, Kadavergehorsam, soziale Ungerechtigkeit und böse Junker wurden zu abstoßenden marxistischen Gedankenbildern, die dem offiziellen Preußenbild in der DDR zugrunde gelegt wurden.

Als Epigonen der Umerziehung haben sich viele ostdeutsche wie auch westdeutsche Historiker in den Gnadenstrahlen der Besatzungsmächte gesonnt. Michael Stürmer (5), Professor in Erlangen, stellte 1977 mit großer Befriedigung fest, dass die überwiegende Mehrzahl der westdeutschen Historiker in der Analyse des Kaiserreichs endlich mit den Auffassungen der englischen und amerikanischen Historiker übereinstimmten. Es ist zu vermuten, dass er darin einen beeindruckenden Beweis für die Eigenständigkeit und Urteilskraft deutscher Wissenschaftler erblickte.

Über die Zeitbedingtheit historischer Urteile gibt es zahlreiche Aussprüche. Drei davon seien hier zitiert:

1. „Leo Tolstoi in „Krieg und Frieden“ aus dem Jahre 1865: Einem geschichtlich bedeutenden Mann, der vor hundert Jahren oder früher gelebt hat, machen die Professoren zum Vorwurf, dass er nicht die Anschauung von Wohl und Glück der Menschheit hatte, wie sie von ihnen vertreten wird, von ihnen, die sich seit ihrer Studentenzeit nur mit dem Lesen von Büchern und dem Anhören von Vorlesungen beschäftigt haben.
2. Professor Dr. Heinz Gollwitzer, gestorben am 24. Dezember 1999, sagte: „Die Betonung pädagogischer oder richterlicher Funktionen der Geschichtswissenschaft bedeutet eine Verarmung des Fachs. Der Historiker hinterlässt einen unangenehmen Eindruck, wenn er sich der Vergangenheit gegenüber aufs hohe Ross setzt. Es geht um Gerechtigkeit, es geht um die Einübung von Respekt. Ein humanes Verhalten gegenüber Mitmenschen schließt auch ein humanes Verhalten gegenüber den Toten, gegenüber unserer Vergangenheit ein“.
3. Professor Dr. Peter Baumgart (1981): „Es fehlt in der Preußengeschichte vielfach noch an einer vergleichenden Darstellung, so dass ihrer Anwendung durch den gegenwärtigen Forschungsstand Grenzen gesetzt sind. Jedenfalls vermag eine isolierte Betrachtungsweise zum Zwecke der positiven oder heutzutage eher negativen Heraushebung Preußens, dem historischen Phänomen nicht gerecht zu werden“.

Behaupten und Wiederholen sind die probaten Mittel zur Beeinflussung von Menschen. Man sollte nicht versuchen, Tatsachen oder Beweise vorzutragen. Denn an Beweisen seien Menschen nicht interessiert. So lauten die einfachen Propagandaregeln des französischen Arztes Le Bon in seinem weltberühmten Buch „Die Psychologie der Massen“. Als besonders wirksam erweisen sich Behauptungen und Wiederholungen, aber auch als höchst fragwürdig, wenn sie unter dem Mantel der Wissenschaftlichkeit vorgetragen werden. Die These von dem unmittelbaren Zusammenhang des Deutschen Kaiserreichs mit dem Nationalsozialismus beruht auf willkürlichen Behauptungen und Spekulationen, nicht auf Beweisen.

Wir müssen uns nun fragen, woher eigentlich die preußische Gesinnung stammt, die den Gegenstand dieser heftigen Ablehnung durch unsere ehemaligen Kriegsgegner und ihre deutschen Anschmeichler bildet. Einen bedeutenden Einfluss hatte zunächst die Adelherrschaft. Der Adel gehörte in mehr als 1000 Jahren zu den wichtigsten Strukturelementen in Europa, und stellte die kleinste Herrschaftseinheit dar, solange wie es noch kein durchgehendes staatliches Gewaltmonopol gab. Noch bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts gehörte der Adel in England, Preußen und Rußland zu den entscheidenden Gestaltungskräften der Nation. Während sich der Adel in England über das von ihm erstrittene und beherrschte „Parlament“ eine Mitwirkung gegenüber dem König als Träger der staatlichen Gesamtrepräsentation sicherte, und dadurch eigene Interessen bei der staatlichen Gestaltung durchsetzen konnte, wurde der preußische Adel in den Staat selbst eingebunden. „Ich ruiniere den Adels seine Souveränität“, ein bekannter Ausspruch Friedrich Wilhelm I. Die Einbeziehung in den Staat, die Erziehung des Adels zum patriotischen Sinn, zur Beachtung der Gesamtinteressen und zum eigenen Standesbewusstsein, ihn dazu zu bringen, sich in erster Linie als Preuße zu fühlen und seine Dienste vorwiegend seinem Vaterland zu widmen, haben die Hohenzollern mit Konsequenz und auch mit Härte durchgesetzt. Die innere Ethik des Adels blieb daher nicht ohne Einfluss auf die Staatsraison. Zum Kennzeichen des Adels gehörte die Haus- und Familiengemeinschaft. Hieraus hat sich eine umfangreiche Hausväterliteratur entwickelt, die stilbildend für das Verhalten des Adels geworden ist. Der Adlige hatte ein guter Hausherr zu sein, Gott zu fürchten, sein Weib, seine Kinder und sein Gesinde mit großer Bescheidenheit zu regieren, Selbstdisziplin zu üben und die Einhaltung der Regeln eines höflichen Umgangs mit Gleichgestellten und Untergebenen zu beachten. Seine Statussymbole sicherten ihm seine Autorität. Dazu gehörten: Wappen, Kleidung, Gestik, Anredeform und ein von Kindheit an eingeübtes Verhalten. Aus den über Jahrhunderten bestehenden Jagdprivilegien des Adels entwickelten sich Eigenschaften, die der Adlige vorzuleben und zu zeigen hatte: Selbstkontrolle, Mut, Geschicklichkeit im Reiten und Kämpfen, klaglose Hinnahme von Beschwernissen und Schicksalsschlägen, Zuverlässigkeit in gefährlichen Situationen, Ertragen von Kälte, Hitze und Regen. Die aristokratische Natur Friedrich des Großen, der sich dem Adel innerlich stets verbunden fühlte, wird in seinem eigenen Verhalten sichtbar, das ihn bis zu den letzten Stunden seines Lebens beherrschte. Die Wahrnehmung von Führungsaufgaben und das Meiden von Kauf- und Handelstätigkeiten gehörten ebenfalls zu den Attributen des Adels.

Als eine weitere bedeutende Quelle preußischer Haltung kommt der Calvinismus oder in Preußen besser der Pietismus in Betracht. Während des 30jährigen Krieges (1618-1648) hatte Deutschland die schwersten Erschütterungen und Verluste aller betroffenen Völker erlitten. Hieraus entstand die Forderung der Lutheraner sowie auch der Calvinisten nach innerer Läuterung und Erneuerung der Menschen. Zu dieser Läuterung hätten Kirche und Schule beizutragen. Während die Lutheraner vordringlich eine Erneuerung und Festigung des inneren Glaubens forderten, sahen die Calvinisten allein in der Glaubensstärke nicht den zur Erlösung führenden Weg. Eine asketische und geregelte Lebensführung, Arbeitsdisziplin,

Bescheidenheit, Gewissenhaftigkeit in der Erfüllung des Berufes müsste zum gläubigen Leben hinzutreten.

Während der englische Calvinismus die Arbeit „für sich“ und daher im persönlichen Erfolg das untrügliche Zeichen Gottes für die Erlösung und die Bekehrung des Menschen sah, heiligte der preußische Pietismus die Arbeit „für andere“. Die Bezeichnung Pietismus, ursprünglich ein akademischer Spitzname für Streber und Pedanten, haben die Calvinisten in Halle von den orthodoxen Lutheranern in Leipzig erhalten. Nach Carl Hinrichs (6) entstand aus der Denkweise des englischen Calvinismus der Kapitalismus, aus der des Pietismus dagegen die soziale Verantwortung. Zwischen den beiden Tatmenschen, dem preußischen König Friedrich Wilhelm I und dem Pfarrer August Herrmann Franke bildete sich nach anfänglichen heftigen, gegenseitigen Ablehnungen und glaubensmässigen Unterschieden eine Gesinnungsgemeinschaft heraus, die es Franke gestattete, eine organische und systematische Bewegung des Pietismus in Brandenburg/Preußen aufzubauen. Franke schuf ein pädagogisches Großunternehmen mit den Frankeschen Stiftungen in Halle, die Mitte 1720 von nicht weniger als 2.200 Schülern besucht wurden. Durch die Errichtung des Potsdamer Militärwaisenhauses und der Kadettenanstalt nach dem Muster des Frankeschen Waisenhauses, ihre Besetzung mit Lehrern, die in Halle ausgebildet worden waren, durch die Ausbildung der Theologen in Halle und endlich durch die Rekrutierung der Beamten aus Zöglingen der Halleschen Anstalten erfolgte eine Durchdringung des preußischen Staates mit pietistischem Geist. Professor Heinz Duchhardt (7) sagte: „Das Frankesche System sorgte nicht nur für einen allgemeinen Aufschwung des Schulwesens auf allen Ebenen, sondern befruchtete auch das Wirtschaftsleben nachhaltig. Es sorgte dafür, dass über Halle hinaus der sozialen Fürsorge verstärkte Beachtung geschenkt wurde. Aus einer religiösen Bewegung erwuchs in Preußen dank der Förderung durch die Fürsten eine auf das Gemeinwohl fixierte „Ideologie“ ohne deren sittliche Kraft der Aufstieg dieses Staates aus dem Schatten der Geschichte ins europäische Rampenlicht kaum denkbar gewesen wäre“.

Die dritte Säule der geistigen Ausrichtung Preußens ist die europäische Aufklärung mit ihrem Ursprung in Halle. Der Philosoph Christian Wolff in Halle war der Vater der europäischen Aufklärung. Nach seiner Lehre ist die gemeine Wohlfahrt und die gemeine Sicherheit das höchste und letzte Gesetz im Gemeinwesen und demnach die Regel, nach der der Staat zu handeln hat. „Thue, was die gemeine Wohlfahrt befördert und die gemeine Sicherheit erhält. Hingegen unterlaß, was die gemeine Wohlfahrt hindert und der gemeinen Sicherheit zuwider ist“. Eine Gemeinde, die Verordnungen nur mit der Einwilligung aller treffen kann, nennt Wolff eine Politie. Diese Politie entarte allerdings zu einer Demokratie, „wenn sich alles nach dem gemeinen Pöbel richtet, und zwar nach dem, was diesem vorteilhaft zu sein scheint unter Hintansetzung der gemeinen Wohlfahrt und der gemeinen Sicherheit.“ Eine treffende Definition des modernen Parteienstaats.

Das Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794 (ALR), die herausragende Gesetzeskodifikation des 18. Jahrhunderts, ein geistiges Kind Friedrich des Großen, wurde von Schülern Christian Wolffs erarbeitet. Es spricht vom „gemeinen Wohl“ und nicht von des Königs Rechten und Pflichten, sondern von des Königs Pflichten und Rechten. Diesem Gedanken haben sich alle preußischen Könige verpflichtet gefühlt. Sie waren die Diener ihres Staates. Es war zum ersten Mal in Europa, dass die einfachen Leute einen Gesetzestext lesen und ihn in seinem klaren Deutsch verstehen konnten. Bis dahin war dem Durchschnittsbürger die Justiz als eine riesige, unverständliche und unfreundlich gesonnene Maschinerie erschienen, von der man in aller Regel nur Schaden zu erwarten hatte. Die gesetzlich garantierte Religions- und Gewissensfreiheit, der Begriff des gemeinen Wohls und der Pflichten des Königs sind umwälzende Schritte im europäischen Rechtsdenken geworden.

Über zwei Jahrhunderte entwickelte sich der Begriff preußisch zum Synonym für anständig und gerecht.

Die drei größten preußischen Fürsten, der Große Kurfürst, Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große haben jeder auf seine Art sich dieser Leitideen bei der Gestaltung des preußischen Staates bedient. Am wenigsten war wohl der Große Kurfürst an religiöse oder aufklärerische Ideen gebunden, er wollte die von Krankheit, Mord und Anarchie entvölkerten, verödeten und verkommenen Länder seines Staates, die durch den 30jährigen Krieg in die Wildnis zurückzusinken drohten, wieder aufbauen, fruchtbar machen und befrieden. Mit seinem Heer wollte er nicht nur die Grenzen sichern, sondern auch der Zuchtlosigkeit und Rohheit der Zeit entgegenwirken. Sein strenger evangelischer Glaube half ihm dabei. Friedrich Wilhelm I., sein Enkel, lebte und handelte nach dem pietistischen Glauben. Er war zwar auch ein adliger Aristokrat, aber im Grunde genommen doch der bürgerlichste König auf preußischem Thron. Und endlich Friedrich der Große, der intellektuelle Asket und Zyniker, lebte als Verstandesmensch nicht nur nach den Adelsprinzipien, sondern auch gemäß den Gedanken der Aufklärung. Unter allen Fürsten seiner Zeit galt er als Inbegriff des aufgeklärten Fürsten.

Überspringen wir nun die Zeit bis zum Jahr 1945. Wir erinnern uns an die letzten Ereignisse der über Deutschland hereingebrochenen Katastrophe. Wir erinnern uns an das grausame Schicksal der ostdeutschen Bevölkerung und denken dabei an die preußischen Gutsherren und an ihre Frauen. Sie haben in preußischer Verantwortung für die Bewohner ihrer Dörfer und Güter Trecks zusammengestellt, mit denen sie die Menschen in den sicheren Westen geführt haben. Viele der bekannten preußischen Namen haben, soweit sie nicht vorher von Polen oder Russen, in Einzelfällen auf bestialische Weise, umgebracht worden sind, die Menschen ihrer Dörfer und Güter auf der Flucht bis zum Ende begleitet. Wir denken aber auch an die Männer des Widerstandes, die ebenfalls in preußischer Gesinnung die Verantwortung vor Gott und ihrem Land darin sahen, den Diktator umzubringen. Im Wissen der Vergeblichkeit ihres Bemühens haben sie für die Ehre und nur für die Ehre der Nation ihr Leben geopfert. Ein besonderes Zeugnis von Ritterlichkeit und menschlichem Anstand haben nach den Worten des amerikanischen Autors Raymond F. Toliver (8) die deutschen Jagdflieger im 2. Weltkrieg abgelegt. Amerikanische Praktiken, wie das Schießen auf am Fallschirm hängende gegnerische Piloten, wurde von den Deutschen als Mord angesehen. Von dieser Vorstellung seien die deutschen Flieger nie abgewichen. Ihr soldatisches Verhalten sei unbefleckt geblieben. Sie haben die Tradition preußischer Geisteshaltung und der Humanität niemals verletzt. Und als letztes Beispiel will ich auf den gebürtigen Pommer und späteren Landeszentralbankpräsidenten in Berlin Werner Gust hinweisen. Als Kommandeur hat er mit seinem Regiment trotz der damit verbundenen Hoffnungslosigkeit in Kurland ausgehalten, womit er dazu beigetragen hat, die Flucht der Menschen aus den ostdeutschen Gebieten über die Ostsee zu ermöglichen. Er wurde für seinen Einsatz mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz ausgezeichnet. Auch er handelte in einer Verantwortungs- und Pflichtgesinnung, die in seiner preußischen Erziehung ihre Wurzeln hatte.

Solche Beispiele ließen sich vervielfachen. Aus der Tatsache, dass die deutsche Zivilbevölkerung, von einer oder zwei Ausnahmen abgesehen, im Angesicht ihrer brennenden und ausgebombten Häuser, vielleicht sogar im Angesicht ihrer durch Bomben getöteten Kinder oder Familienangehörigen, sich nicht an abgesprungenen feindlichen Bomberpiloten vergriffen und keine Lynchjustiz verübt hat, lässt mehr über „Die Deutschen“ erkennen, als aus den von einer aufgehetzten Minderheit auf Befehl verübten Grausamkeiten an jüdischen Menschen. Und wenn 56 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs immer noch Entschädigungsforderungen, nunmehr gegen die dritte Nachkriegsgeneration in Deutschland, geltend gemacht werden, und zwar mit Erfolg, weil diejenigen, die diese Forderung geltend

machen, über Einfluss und Macht von Medien verfügen, sagt das mehr über das Land aus, von dem diese Forderungen ihren Ausgang genommen haben, als über Deutschland und seine Bewohner. Wie sich aus Meinungsumfragen ergibt, ist die Abneigung jüngerer Bevölkerungskreise gegenüber Deutschland nicht nur in den USA, sondern auch in England und Holland heftiger als dort bei den älteren Menschen. Daraus erhebt sich die Frage nach dem moralischen Wert der Umerziehung, nach der Wirkung von 50 Jahren antipreußischer Propaganda, besonders in den in- und ausländischen Schulbüchern. „Unsere Aufgabe haben wir zuerst darin erkannt, die Staaten, mit denen wir Krieg geführt haben, nach Möglichkeit zu versöhnen“, sagte Bismarck (1815-1898) am 11. Januar 1887 vor dem Reichstag. Mit Wehmut denken wir an diese preußische Geisteshaltung zurück.

Es zeugt von seiner politischen Erfahrung, dass der Sozialdemokrat Otto Braun, der letzte preußische Ministerpräsident, 1947 forderte, dem „international grassierenden Antipreußenkoller“ mit Fakten, und nur mit Fakten entgegenzutreten. Otto Braun erkannte schon damals die Gefahren, die sich für die Demokratie und das Selbstverständnis einer Gesellschaft aus der andauernden Diffamierung ihrer Geschichte ergeben können. Den preußischen Königen wäre eine solche Diffamierung ihrer besiegten Gegner niemals in den Sinn gekommen. Nach dem Sieg über die Franzosen in der Schlacht bei Roßbach (1757) sagte Friedrich der Große zu dem französischen General Graf Saint-Germain: „Ich kann mich nicht daran gewöhnen, Sie als meine Feinde zu betrachten, und ich habe kein Mißtrauen gegen Sie.“

Halten wir uns also an die Fakten. Gegen innere und äußere Widerstände hat Preußen 1871 die lang ersehnte deutsche Einheit herbeigeführt. Ihr Schöpfer Otto von Bismarck lebte bis zu seinem Tode in der Furcht, äußere Gegner (Einkreisung) oder innere Gegner (Revolution), könnten diese Einheit wieder zerstören. Trotzdem gab er nach den Worten von Professor Lothar Gall (9) diesem „wesentlich von ihm geschaffenen Staatswesen die modernste Wirtschafts- und Sozialverfassung, Rechtsordnung und Verfassungsstruktur in ganz Europa“, und nach Professor Michael Stürmer (14) „machte er die preußische Verwaltung zum tragenden Unterbau des neuen Reichs, das preußische Staatsministerium zum eigentlichen Regierungsapparat“. Dieser „Regierungsapparat“ war in der Gesetzgebung abhängig vom Reichstag, der nach dem Willen von Bismarck mit dem freiheitlichsten Wahlrecht in Europa, dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht, gewählt wurde. Dieses Wahlrecht wurde in Großbritannien erst 1918 eingeführt.

Bei der Gründung des Kaiserreichs 1871 durch die deutschen Fürsten und die Städte Lübeck, Hamburg und Bremen betrug die Einwohnerzahl rund 40 Millionen. Im Jahre 1914 war die Bevölkerung auf 67 Millionen angewachsen. Das bedeutete einen Zuwachs durch Geburtenüberschüsse von 600.000 Personen jährlich über einen Zeitraum von 43 Jahren. Jahr für Jahr wuchs die Bevölkerung um 600.000 Menschen. 68 % der Bevölkerung waren 30 Jahre und jünger, das heißt im Jahre 1913 waren 46 Millionen Einwohner des Kaiserreichs nicht älter als 30 Jahre. Dass die Bewältigung dieser Bevölkerungsentwicklung das vordringlichste Problem des Kaiserreichs darstellte und nicht der Kampf der Parteien untereinander, auch nicht die Gegnerschaft der Sozialdemokraten zum Staat, und nicht die Abneigung von Protestanten gegenüber Katholiken oder umgekehrt, wird in der historischen Literatur leider nicht in der Weise behandelt, wie es die Bedeutung dieser Frage verlangt. Haben die Parteigegensätze, die Politisierung der Kirchen, die partikularen Strömungen in den Regionen und die sich durch die aggressive Agitation der Sozialdemokraten verschärfenden Gegensätze und letzten Endes auch die linke oder linksliberale Presse nicht wesentlich dazu beigetragen, die Regierungstätigkeit zu erschweren, statt sie im Interesse der vielen jungen Menschen zu unterstützen? Bismarck übte am 26. November 1884 vor dem Reichstag Kritik

an dem sich ausbreitenden Berufsparlamentarismus, dem gewerblichen Parlamentarismus, der Vermehrung der Abgeordneten, die nicht für die Politik, sondern von der Politik leben. Das einträgliche, im linken Spektrum des Reichstags stark vertretene „Pressgewerbe“ sei die ökonomische Basis dieser „Abgeordneten von Beruf“, die im Parlament nicht die Landesinteressen, sondern ihre eigenen Interessen zum Zwecke ihrer eigenen Herrschaft vertreten. Der Anspruch vieler Journalisten auf Meinungsführerschaft und ihre grundsätzlich oppositionelle Einstellung damals hat sich bis heute nicht geändert. Historiker, die in unserer Zeit über das Kaiserreich schreiben, stützen sich häufig auf Zeitungen aus dieser Zeit und auf deren Redakteure. Hierbei fehlt es den Historikern oft an der kritischen Distanz zu den Autoren, was besonders dann der Fall ist, wenn es sich um bekannte Namen linker oder linksliberaler Blätter handelt, die nur kritisierten, aber gegenüber der Regierungsverantwortung kein Verständnis aufbrachten.

Zur Bewertung der nach 1888 entstandenen 160 gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Zeitungen muss man wissen, dass sie einer strengen Parteidisziplin unterlagen. In der Satzung hieß es: „Die lokalen Parteiblätter haben sich an das Parteiprogramm zu halten. Der Parteivorstand ist berechtigt, bei Pflichtverletzung die Redakteure ihres Amtes zu entheben.“ Es war die Pflicht der Redakteure, die Programmziele zu vertreten, wie beispielsweise „nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische Produktion kann die Ausbeutung der Arbeiterklasse in ihre höchste Wohlfahrt verwandeln.“ Wohin dieses Programm bei seiner Verwirklichung geführt hätte, wissen wir heute: in die geistige und materielle Verelendung. Trotz ihrer Verfassungsfeindlichkeit ließ die Regierung diese Zeitungen bestehen.

Die der Wirklichkeit völlig entrückte Behandlung der deutschen Wiedervereinigungsfrage durch einflußreiche Zeitungen und Journalisten in den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts sollte für Historiker Grund genug sein, zu Meinungsäußerungen von Journalisten, ganz gleich aus welcher Zeit sie stammen und welche „Richtung“ sie vertreten, Abstand zu halten und sie genauso kritisch zu beurteilen wie Maßnahmen oder Unterlassungen von Regierungen.

Der Journalist Egon Bahr, der Vordenker der sozialdemokratischen Ostpolitik, schrieb in seinem Buch „Zum europäischen Frieden“ noch im Jahre 1988: „Der europäische Frieden wird (nur) mit zwei deutschen Staaten erreicht werden. Und nur dann, wenn – von innen gesehen – das deutsche Volk seinen Frieden in seinen beiden deutschen Staaten findet.“ Hier liegt die Analyse eines Intellektuellen vor, der sich weigert, die Realitäten zur Kenntnis zu nehmen. Bahr schrieb viel über Nato, Rüstung, Abrüstung, Abschreckung, Unantastbarkeit der jeweiligen Grenzen und Systeme, aber kein einziges Wort über Wirtschaft, kein einziges Wort von den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen, keinen einzigen Gedanken über die wirtschaftliche Existenz- und Überlebensfähigkeit der DDR. Dieser sozialistische Staat sollte als wirtschaftlicher Krüppel den Frieden in Europa sichern helfen, ohne russische Besatzung. Ein wirklich abstruser Gedanke.

Mit einer solchen intellektuellen Realitätsferne schrieben auch viele Journalisten im Kaiserreich. Sie ignorierten die großartigen Leistungen des Staates, die in erster Linie den jungen Menschen zugute gekommen sind, wie Arbeitsbeschaffung, Wissenschaft, Bildung, Einkommen, soziale Sicherungen, Kunst- und Museumsförderung, oder sie wollten die auf die Regierung zurückgehenden Maßnahmen einfach nicht zur Kenntnis nehmen. Sie fragten nicht danach, welche staatlichen Einflüsse zu diesen Leistungen geführt haben. Anders der englische Kulturphilosoph Bertrand Russell (11), der in der korrekten preußischen Verwaltung

eine der wichtigsten Voraussetzungen für die wirtschaftliche und wissenschaftliche Leistungsfähigkeit des Kaiserreichs sah. Die Regierung hielt daher zur Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit sozialrevolutionäre und linksliberale Einflüsse von der Verwaltung fern, weil der Staat neben den heftigen politischen Anfeindungen im Reichstag und in der Presse eine Destabilisierung der Verwaltung nicht auch noch hinnehmen konnte. Es hätte nicht dem „gemeinen Wohl“ entsprochen.

Das war der Realitätssinn der preußischen Verwaltung, den die deutsche Linke seit ihrer Geburtsstunde im Kaiserreich niemals aufgebracht hat. War es Überheblichkeit gegen das eigene Volk? Es lohnt sich, Brigitte Seebacher-Brandt aus ihrem Buch „Die Linke und die Einheit“ (1991) zu zitieren: „Wie oft wird entworfen, was man für richtig hält, und sodann unterstellt, dass die Menschen es ebenso richtig finden – oder zu finden haben. Die Interessen des Vierten Standes zu vertreten, war möglich nur unter Berufung auf die Gleichheit aller. Doch dass das individuelle Freiheitsrecht darüber verdrängt wurde, blieb ein deutsches Charakteristikum der Linken. Die deutsche Sozialdemokratie hat ihre Prägung im Deutschen Kaiserreich empfangen – aus der Wirklichkeit fliehend. Wer auf einer starken innergesellschaftlichen „Scheidelinie“ beharrt, ist für die Kämpfe der Welt und deren Widersprüche nicht gerüstet. „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ war jahrzehntelang der Schlachtruf der sozialdemokratischen Verweigerung.“

Die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag hatten sich seit der Reichsgründung unbefriedigend entwickelt. Es wäre fast zu einer Lähmung der Regierungsarbeit gekommen. Innerhalb der Opposition waren die Gegensätze chaotisch, auf ein einheitliches Programm konnte man sich nicht einigen. Schon Bismarck hatte auf die Unreife der Parteien hingewiesen, ihre Regierungsunfähigkeit kritisiert und es als staatsschädigend bezeichnet, mit diesen zu einem Kompromiß unwilligen Parteien ein parlamentarisches Regierungssystem zu errichten. Diese Einschätzung teilte der liberale, aber oppositionelle Verwaltungsjurist und Vater der neuen Gemeindeordnung Rudolph von Gneist. Er setzte sich im Interesse der Stabilisierung und Handlungsfähigkeit der Regierung für die Beibehaltung des sogenannten „Dreiklassenwahlrechts“ in Preußen und Sachsen ein. Denn zwischen dem Klerikalismus des Zentrums, dem doktrinären Liberalismus der Freisinnigen und dem revolutionären Marxismus der Sozialdemokraten gab es keine Gemeinsamkeiten, die zur Regierungsfähigkeit unter diesen Parteien hätte führen können. Im Grunde verließen die Parteien sich auf das „Funktionieren“ des Staates, den sie gleichzeitig bekämpften. Ihr Selbstverständnis bezogen sie aus der Verantwortungslosigkeit gegenüber dem „gemeinen Volk“, ein noch heute anzutreffendes Phänomen bei den Parteien.

Ebensowenig konnten sich die beiden bürgerlichen Oppositionsparteien mit den Parteien der Regierung im Wege des Kompromisses zu einer Koalition verbinden.

Angesichts dieser Erfahrung ist daher mit dem bekannten spanischen Historiker Josep Fontana grundsätzlich zu fragen: welches ist das beste Regierungssystem?. Kein System kann den Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben; es ist daher unzutreffend zu glauben, die Menschheit habe sich zum parlamentarischen Parteiensystem hin zu entwickeln. Die neuerdings erörterte Differenzierung zwischen Demokratie und Parlamentarismus zeigt, dass in dieser zum Mythos erhobenen Regierungsform erhebliche Unterschiede bestehen. Über die Städte- und Gemeindeverfassungen, über den Bundesrat, die Verbände und die Bildungseinrichtungen hat die Bevölkerung im kaiserlichen Deutschland an der Willensbildung demokratischer mitwirken können als in einem parlamentarischen System der englischen Art, das von realitätsenthobenen Abgeordneten, die nur ihre eigenen Interessen verfolgten, beherrscht wurde (13). Es ist höchst beachtenswert, daß das Konsensprinzip des

Kaiserreichs mit dem dualistischen Regierungssystem der USA verglichen wird. Demokratie und Parlamentarismus als Gegensatz? Der bekannte Völkerrechtler Hans Kelsen hat diesen Gedanken schon 1920 geäußert (10).

In der Praxis wurde das Deutsche Reich von nur 420.000 Justiz- und Verwaltungsbeamten regiert (Zum Vergleich: Bundesrepublik Deutschland 1999 4 Millionen Angehörige des öffentlichen Dienstes). Sie erledigten die Regierungs- und Verwaltungsarbeit und legten dem Reichstag hervorragende Gesetze zur Annahme vor, die allerdings zunehmend schwieriger zu erreichen war. So gehörte beispielsweise das Nahrungsmittelgesetz von 1879 nach über 100 Jahren immer noch zu den modernsten seiner Art in der Welt: Tiere mit bestimmten Krankheiten durften nicht in den Verkehr gebracht werden, der Verkauf von Gegenständen für Wohnung, Kleidung und Essen, sofern gesundheitsschädliche Stoffe für die Herstellung verwendet wurden, war verboten. Bismarcks Sozialversicherungsgesetze der 80er Jahre, ebenfalls modern und für andere Staaten nachahmenswürdig, wurden von der Sozialdemokratie aus reiner Obstruktion abgelehnt. Der bekannte französische Sozialist Jean Jaurès (1859-1914) übte heftige Kritik an den deutschen Sozialdemokraten, weil sie sich jeder Mitarbeit am Staate, sogar an den Sozialgesetzen, verweigerten.

Trotz dieser politischen Schwierigkeiten war das Kaiserreich eine einzigartige Erfolgsgeschichte auf allen Gebieten, bewundert und beneidet von den anderen Großmächten, den späteren Kriegsgegnern des Deutschen Reiches im Weltkrieg. Darüber, ob diese herausragenden gegen die oppositionellen Kräfte in Presse und Parlament erreichten Erfolge zu den Ursachen des Ersten Weltkrieges gehören, streiten die Historiker noch heute. Die Hauptaufgabe des Kaiserreichs war nicht die Veränderung des Dreiklassenwahlrechts in den beiden wichtigen industriellen Bundesstaaten Preußen und Sachsen, sondern die Schaffung von Arbeitsplätzen (wie im Jahre 2001). Reichskanzler von Caprivi umriß in seiner Reichstagsrede vom 10. Dezember 1891 das Problem zutreffend mit folgenden Worten: „Handel und Industrie bleiben die wichtigsten Quellen des Wohlstandes und damit politischer Macht. Mit der Industrie hängt der Arbeiterstand zusammen; wir würden unsere Pflicht vernachlässigen, wenn wir den Arbeiterstand nicht leistungsfähig erhalten. Wir müssen exportieren: entweder wir exportieren Maschinen oder wir exportieren Menschen. Mit dieser steigenden Bevölkerung sind wir ohne eine gleichmäßig zunehmende Industrie nicht in der Lage weiter zu leben“. Diese Rede brachte es auf den Punkt. Überzeugender könnte man das Problem auch im Jahre 2001 nicht ausdrücken.

Im Kaiserreich entstanden jedes Jahr 375.000 neue Arbeitsplätze, Hunderte von Schulen und zehntausend Krankenhausbetten. Die Deutsche Bundesbank schrieb 1975 in ihrer Jubiläumsschrift (Seite 31): die jährliche Arbeitslosigkeit überstieg zwischen 1895 und 1913 lediglich in den Jahren 1901 und 1902 die Grenze von 3 % und sank in den konjunkturellen Boomjahren auf etwa 1 % ab. Auf alle Erwerbspersonen umgerechnet waren im schlechtesten Jahr demzufolge nur 1,5 % arbeitslos, und die Einbrüche waren seit der Gründerkrise meist nur von kurzer Dauer. So wurde anders als in dem schon von erheblich höherer Arbeitslosigkeit betroffenen England Arbeitslosigkeit noch nicht als wirtschafts- und sozialpolitisches Hauptproblem angesehen“. Die steuerlichen Höchstsätze stellten sich auf 5 % bzw. für Aktiengesellschaften auf 6 %. Auch bei einem hohen Kommunalzuschlag von beispielsweise 200 % betrug die Höchstbelastung einer natürlichen Person mit 100.000 Goldmark Einkommen: 4 % Staatssteuer, dazu 200 % Gemeindeforschlag = 8 % und 25 % Staatssteuerzuschlag = 1 %, alles zusammen demnach 13 %, bei Aktiengesellschaften 14 %. (Bundesbank Seite 95).

46 Millionen Menschen waren bei einer Gesamtbevölkerung von 67 Millionen 30 Jahre und jünger. In der Bundesrepublik Deutschland waren im Jahre 1998 von 82 Millionen Einwohnern nur noch 28 Millionen in diesem Alter. Trotzdem gibt es in der Bundesrepublik Jugendarbeitslosigkeit und nach den Worten von Bundespräsident Rau im Juni 2001 jahrzehntelange Fehlentwicklungen in der Bildungspolitik. Und diese Fehlentwicklungen waren die Folgen des föderalistischen Parlamentarismus in Deutschland.

Die Bildungseinrichtungen des kaiserlichen Deutschlands besaßen in der Welt höchstes Ansehen. In den naturwissenschaftlichen Fächern studierten bis zu 30 % Ausländer in Deutschland, häufig sogar mehr, die überwiegende Zahl von Ihnen waren Amerikaner. Auf den hochtechnischen Gebieten übernahmen die Industrien des Kaiserreichs, gestützt von den Bildungseinrichtungen, unangefochten die Weltspitze. In der Chemie beherrschte Deutschland mit 90 % den Weltmarkt, ebenso in der Elektrizitätswirtschaft, in der Optik, in der Feinmechanik und in der Spielzeugherstellung. Das alles waren Leistungen, die den Menschen insgesamt zugute kamen. Arbeitsplätze und steigendes Realeinkommen waren damals und sind auch in unserer Zeit die beste Sozialpolitik. Mit einem föderalistisch organisierten Parlamentarismus wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen. Der ständige Dialog mit der Ministerialbürokratie und die damit verbundene Anpassung der Gesetze an die moderne Industrieentwicklung trugen zu diesem Erfolg bei. Die pharmazeutische Industrie hat 1913 mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass sie den hohen internationalen Wissenschaftsstand nicht erreicht hätte, wenn ihr nicht neben den Bildungseinrichtungen eine moderne Verwaltung und Gesetzgebung zur Seite gestanden hätte. Der angeblich so „obrigkeitliche“ Staat besaß Bürgernähe und war stets bereit, mit den Unternehmen und Wissenschaftlern der einzelnen Bereiche in einen Dialog zu treten. Die Interessenverbände der Industrie und Wirtschaft haben dem Wohl der Allgemeinheit ein großes Gewicht beigemessen, so dass in allen Fragen der Gesetzgebung und der Verwaltung die Behörden der Diskussion bereitwillig ein offenes Ohr gewährten. Der englische Mathematiker, Kulturphilosoph und Nobelpreisträger Bertrand Russell verwies in richtiger Einschätzung der Zusammenhänge auf die Bedeutung der Bürokratie, indem er wörtlich sagte: „Ohne diese tüchtige preußische Bürokratie hätte sich die deutsche Wirtschaft nicht zu dem entwickeln können, was sie wurde.“ (11)

Nicht die preußische Bürokratie, die den Konsens anstrebte, sondern die maßlose Agitation und Demagogie der Oppositionsparteien haben die Kluft zwischen den Klassen aufgerissen. Die überwiegend junge Bevölkerung hörte auf die Schalmeienklänge der sozialistischen Neidpropaganda. Es gab 160 sozialdemokratische und gewerkschaftliche Zeitungen, sie agierten verfassungsfeindlich gegen den Staat und trommelten auf die Menschen ein. Der Staat nahm es seit 1888 hin, weil das Pressegesetz es erlaubte und der Reichstag das sogenannte Sozialistengesetz, das besser als „Umsturzgesetz“ bezeichnet werden sollte, nicht mehr verlängerte. In welcher Wortwahl diese aggressive Demagogie gegen die Verwaltung des Kaiserreichs geführt wurde, zeigt am besten der Ausspruch von Paul Singer, der Mentor und Geldgeber vieler sozialdemokratischer Zeitungen: „Preußens herrschende Klassen müssen erfahren, wie das Proletariat über ihre freiheitsmörderische volksfeindliche Politik denkt. Der Kampf um das Wahlrecht wird in Preußen den Gipfel unserer Propaganda und Agitation bilden.“ Der preußische Staat war duldsam. Die aus Polen eingewanderte Jüdin Rosa Luxemburg ging eine Scheinehe ein, um als deutsche Staatsbürgerin ungehemmt Agitation gegen den Staat betreiben zu können. Sie war, wie man heute sagen würde, eine undemokratische Verfassungsfeindin. Auch das nahm der Staat hin. Im Gegensatz zur oppositionellen Presse verfügte die Regierung weder über eine effektive Pressepolitik, noch über Zeitungen, die ihre Regierungsarbeit unterstützten und den notwendigen Einfluss besaßen (12). Hat sich die Toleranz der Regierung hier schädlich auf den Staat ausgewirkt?

Bernstein und Ebert, die Revisionisten und Realisten unter den Sozialdemokraten, sind leider zu spät, viel zu spät zu Einfluss gelangt. Die Regierung hatte stets Angst vor einer Gefährdung des jungen Reiches durch die hochgerüsteten Nachbarstaaten Frankreich und Rußland sowie vor einem revolutionären Umsturz durch die Sozialisten. Ob diese Angst berechtigt war, stehe dahin. In der subjektiven Überzeugung der Regierung war sie vorhanden und daher war sie real. Unter Bernstein und Ebert, zwei nüchterne und ausgewogen denkende Politiker, wäre die Kluft in der Gesellschaft nicht so weit aufgerissen worden, hätte der preußisch-deutsche Staat sicherlich mehr Entgegenkommen zeigen und die Politik der Sozialgesetzgebung auf allen Gebieten fortsetzen können, wozu der Wille vorhanden war (13).

George F. Kennan, Historiker und amerikanischer Diplomat, hat mit Recht die Frage gestellt, ob es nicht im Interesse Europas gelegen hätte, wenn dieses Deutsche Reich nicht von den Alliierten vernichtet worden wäre. Von jüngeren, auch ausländischen Historikern erfährt diese Epoche zunehmend eine neue Bewertung, die sich, soweit es sich um die Ursachen und Folgen des Ersten Weltkriegs handelt, weitgehend den historischen Erkenntnissen aus den zwanziger Jahren anschließt. Wir können insgesamt, auch im Blick auf Europa, nur das größte Bedauern empfinden, daß dieser erfolgreichste Staat der deutschen Geschichte durch die Gewalt der verantwortungslosen Kriegsgegner und der inneren Feinde so traurig geendet hat. Trotz des Kontrollratsgesetzes 46 und der Forderungen der Umerziehung sollte es nicht nur eine Frage der Zivilcourage, sondern der Überzeugung sein, sich zu diesem Staat und seinen Leistungen zu bekennen. Die Angehörigen einer besiegten Nation haben, wenn sie sich persönlich nichts vorzuwerfen haben, das Recht auf ihre Würde. Und in diese Würde sind unsere Vorfahren eingeschlossen.

Friedrich der Große musste um den Besitz Schlesiens, auf das die Hohenzollern Erbansprüche besaßen, drei Kriege führen. Diese Kriege waren blutig und verlustreich. Doch das Kriegführen hob ihn keineswegs aus der Reihe der europäischen Monarchen seiner Zeit heraus. Alle Könige Europas – Frankreichs Ludwig XIV. und Ludwig XV., Georg II. und Georg III. von Großbritannien, Schwedens Karl XII. und Zar Peter I. von Rußland - brachen Kriege gegen ihre Nachbarn vom Zaun und eroberten fremde Länder. Was Friedrich vor ihnen auszeichnete, war seine Kunst der Friedensstiftung nach dem Ende der Kampfhandlungen. Er folgte in den Friedensverträgen der alteuropäischen Maxime des Friedenmachens. Mit der Amnestie- und Vergessenheitsklausel wurden alle Konflikte unter den zivilisierten Völkern in Europa bis 1918 beendet. Im Westfälischen Friedensvertrag 1618 stand in der Präambel, dass alle Gewalttaten gegeneinander aufgehoben sein sollen und dem immerwährenden Vergessen anheim gegeben werden. Auch der Frieden zwischen Preußen und Schweden am 21. Januar 1720 enthielt diese Vergessenheitsklausel.

Der französische General Graf Saint-Germain schrieb nach der Schlacht bei Roßbach (5. November 1757)... durch die Zügellosigkeit und Frechheit unserer Truppen ist viel Leid geschehen. Das umliegende Land ist mit unseren Soldaten besetzt gewesen, sie haben geplündert, gemordet, Frauen entehrt, geraubt und alle möglichen Gräueltaten begangen... Es ist gewiss, dass der König von Preußen Befehl gegeben hat, unsere Leute zu schonen. Nicht zu übertreffen ist der Edelmut, mit dem er unseren Gefangenen begegnet ist. Der preußische König sagte: „Ich kann mich nicht daran gewöhnen, Sie als meine Feinde zu betrachten“.

Friedrich der Große nach dem Hubertusburger Frieden an Kommerzienrat von Rexin am 1. März 1763: „Nach diesem Friedensschlusse renonciren die contrahirenden Theile réciproquement auf alle und jede Indemnisationes wegen derer Verluste und Schäden, so

dieselben durch den letzteren Krieg gehabt haben; alle Feindseligkeiten werden aufgehoben und das Geschehene in ein völliges Vergessen gestellt.“

Anfang August 1814 erwartete Berlin den Einzug des über Napoleon siegreichen Heeres. Die erbeuteten Fahnen und Kanonen des Feindes waren für den Jubeltag zusammengetürmt. Das mißfiel dem preußischen König Friedrich Wilhelm III. „Man darf den überwundenen Feind nicht verhöhnen. Das ist eine elende Prahlerei. Wir wollen mit dem Hochmut, der uns unglücklich macht, im Glück nicht wieder den Anfang machen. Es ist aller Schicklichkeit zuwider, andere Völker, mit denen wir eben Frieden geschlossen haben, durch Ausstellung der Kanonen und Fahnen beleidigen zu wollen.“ Die Berliner mussten, um die Teilnahme des Königs an dem Jubelfest zu sichern, diese Beutestücke während der Nacht wieder wegbringen.

Bismarck, am 11. Januar 1887 vor dem Reichstag: „Unsere Aufgabe haben wir darin gesehen, die Staaten, mit denen wir Krieg geführt haben, nach Möglichkeit zu versöhnen... Ein so gemäßigter Sieger wie der Deutsche ist in der Welt nicht mehr vorhanden. Wie würden die Franzosen uns gegenüber handeln, unter deren Herrschaft wir 1807 bis 1813 gelitten haben, und die uns ausgepresst haben bis aufs Blut, damit der niedergeworfene Feind nicht wieder auf die Beine kommt und in den nächsten 30 Jahren nicht wieder an die Möglichkeit denken kann, sich dem Sieger gegenüberzustellen. Das hätten wir Deutsche 1870 ebensogut tun können. Im Falle ihres Sieges hätten uns die Franzosen vom Rhein soviel abgenommen, wie sie gekonnt hätten; ich glaube nicht, dass man sich mit Elsaß-Lothringen begnügt hätte...“

So äußerte sich Preußische Staatsräson nach einem siegreichen Krieg. Ausgleich mit dem Gegner und Sicherheit vor dem Gegner, das waren die vordringlichsten Aufgaben. Keine Demütigung des Gegners, kein Raub von Privateigentum und Forschungsergebnissen des Besiegten.

Es war ein Unglück für Europa, dass man sich bei der Beendigung des Ersten und des Zweiten Weltkrieges an diesen Großmut der preußischen Könige nicht erinnern wollte. Mit der sogenannten Umerziehung hatten sich die Sieger nach dem Zweiten Weltkrieg eine besondere Bosheit ausgedacht, die sehr subtil und auf längere Zeit angelegt war und zu einem Identitätsverlust der Nation und einer Spaltung der Generationen führen sollte. Dank der deutschen Helfer in Politik, den Medien und den Universitäten wurde dieses Ziel weitgehend erreicht. Würdelosigkeit und Ängstlichkeit nach Niederlagen findet man in allen Nationen. Bei den Deutschen mehr als anderswo? Der israelische Schriftsteller Amos Oz gibt die Antwort: „Ich glaube, die Israelis genießen es, ihren deutschen Besuchern Schuldgefühle zu vermitteln. Und ich glaube, die deutschen Besucher genießen es sehr, diese Schuldgefühle zu empfinden.“ Die Behandlung der Juden durch die Nationalsozialisten ist ein dunkler Fleck auf unserer Geschichte, der sich niemals auslöschen lässt, nicht morgen, nicht übermorgen, nicht in Hunderten von Jahren. Es ist auch ein Zeichen von Würde, diese Untaten anzunehmen und Trauer darüber zu empfinden. Aber das kaiserliche Deutschland, Friedrich den Großen und sogar Martin Luther dafür verantwortlich zu machen, stellt in dieser Verknüpfung eine Infamie dar, die im Verhältnis von Sieger und Besiegten in der Geschichte keine Parallele hat. Amerikaner fühlen sich überlegen und unfehlbar, dazu werden sie erzogen, von ihnen können wir kein Bekenntnis zu den zahlreichen dunklen Seiten ihrer Geschichte erwarten. Aber England, Polen, Rußland, Tschechien und andere europäische Nationen sollten sich zu ihrem Fehlverhalten gegenüber Deutschland und zu ihren Verbrechen an Deutschen bekennen und auch Scham darüber empfinden. Mit einem solchen Verhalten, nicht mit selbstgerechter Schuldzuweisung an Deutschland, wäre dem entspannten und friedlichen Zusammenleben in Europa gedient.

- (1) Das „Andere Deutschland“ im Zweiten Weltkrieg,
Hrsg. Kettenacker,
Klett (Stuttgart 1977, Seite 140)
- (2) Deutscher Sonderweg, Institut für Zeitgeschichte,
Oldenbourg (München 1982, Seite 32)
- (3) Winfried Baumgart, Vom europäischen Konzert zum Völkerbund, Wissensch.
Buchgesellschaft (Darmstadt 1974, S. 121)
- (4) Andreas Hillgruber, Die Zerstörung Europas,
Ullstein (Berlin 1988, Seite 364/365)
- (5) Das Kaiserliche Deutschland, Hrsg. Michael Stürmer
Droste (Kronberg/Ts. 1977, Seite 449)
- (6) Carl Hinrichs, Friedrich Wilhelm I.,
Wissenschaftl. Buchgesellschaft (Darmstadt 1974, Seite 561)
- (7) Heinz Duchhardt, Das Zeitalter des Absolutismus,
Oldenbourg (München 1989, Seite 82)
- (8) Raymond F. Toliver, Das waren die Deutschen
Jagdflieger-Asse 1939-1945,
Motorbuch Verlag (Stuttgart 16. Auflage 1998, Seite 384)
- (9) Lothar Gall, Bismarck,
Propyläen (Berlin 1980)
- (10) Christoph Schönberger, Die überholte Parlamentarisierung,
Historische Zeitschrift (Band 272, Seiten 659, 684)
- (11) Bertrand Russel, Freiheit und Organisation,
Cornelsen (Berlin 1927/1948, Seite 451)
- (12) Gunda Stöber, Pressepolitik als Notwendigkeit,
Franz Steiner (Stuttgart 2000).
- (13) Margaret Lavinia Anderson
Practicing Democracy
Princeton University Press (Princeton 2000)
- (14) Michael Stürmer, Das ruhelose Reich,
Quadriga, Severin und Siedler (Berlin 1983, Seite 155)

**Ehrhardt Bödecker, 1925 in Zwickau geboren, seit 1934 wohnhaft in Berlin.
Kriegsteilnehmer und schwere Verwundung. Rechtsstudium in Berlin und USA.**

**Amtsrichter, Verwaltungsrichter, Rechtsanwalt und erfolgreicher Privatbankier. 1995
Ruhestand. Oktober 2000 Eröffnung seines eigenen privaten „Brandenburg-Preußen
Museums“ in Wustrau (Brandenburg).**